



# Gute Konjunktur, wenig Eigeninitiative

Ina Leukefeld zur arbeitsmarktpolitischen Fünfjahresbilanz der Landesregierung

Mit Blick auf die kürzlich vom Thüringer Wirtschaftsminister vorgestellte arbeitsmarktpolitische Fünfjahresbilanz sagte die LINKE Abgeordnete Ina Leukefeld: „Unbestritten ist es gelungen, wichtige Ansiedlungen in Thüringen zu erreichen, und die Arbeitslosenzahlen sind gesunken. Fortschritte im Kampf gegen niedrige Löhne und die Langzeitarbeitslosigkeit sind jedoch mit der Lupe zu suchen. Thüringen hat vorrangig vom Bundes-trend profitiert und es in vielen Bereichen an Landesinitiativen mangeln lassen.“

Ein Anteil von 37 Prozent Langzeitarbeitslosigkeit an allen Erwerbslosen sei ebenso Warnzeichen, wie die fortwährenden Skandalmeldungen um mit Landesmitteln angesiedelte Unternehmen wie Zalando. Dabei konnten im vergangenen Jahr gerade einmal 1,7 Prozent der Langzeitarbeitslosen vermittelt werden. Eine angemessene Reaktion der Landespolitik dazu gibt es jedoch nicht.

„Derzeit werden die neuen Förderrichtlinien aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds beraten und wichtige Personengruppen zu Recht beachtet. Mich überrascht dabei vor allem eines: Die von Minister Höhn als stagnierend eingestufte Gruppe der älteren Langzeitarbeitslosen findet eben keine spezielle Würdigung. Hier muss dringend nachgebessert werden“, verlangt die Arbeitspolitikerin. DIE LINKE

hat mit ihren Plänen für ein Landesprogramm Öffentlicher Beschäftigungssektor ein bereits in anderen Bundesländern erfolgreich erprobtes Konzept vorgelegt, das sich auch speziell an ältere Langzeitarbeitslose richtet. Hier darf es kein Wegdücken der Politik und kein Warten auf den demografischen Wandel und die Frühverrentung geben. DIE LINKE will einen würdevollen Übergang in die Altersrente für möglichst viele Menschen in Thüringen – mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, gemeinwohlorientiert und freiwillig.

### Vermittlungsgutscheine sind oft Scheininstrumente

Mit einer Anfrage an die Landesregierung hat Ina Leukefeld die Ergebnisse privater Arbeitsvermittlung thematisiert. Ihr Fazit: „Nur etwa jeder zehnte ausgereichte Vermittlungsgutschein wird in Thüringen auch tatsächlich eingelöst.“ Dies spiegelt die bundesweiten Erfahrungen wider und zeigt: „Der Trend zur Ausgliederung der Arbeitsvermittlung von Agentur für Arbeit und Jobcenter an Private ist in den wenigsten Fällen ein Erfolg. Aus Sicht der LINKEN wäre es sinnvoller, die staatlichen und kommunalen Anbieter mit ausreichend Personal auszustatten, um ihre Arbeit zu verbessern, statt ein oftmaliges Scheininstrument, wie die Vermittlungsgutscheine, weiter zu befördern.“ Mit einem Vermittlungsgutschein können Arbeitssuchende an ei-

ne private Arbeitsvermittlung ihrer Wahl herantreten. Diese erhält bei erfolgreicher Vermittlung 1.000 Euro und – sofern das Arbeitsverhältnis mindestens sechs Monate hält – weitere 1.000 bis 1.500 Euro. In bestimmten hochspezialisierten Segmenten des Arbeitsmarktes sollte ein spezifisches Know-How die Vermittlung begleiten, aber der Trend der allgemeinen Zuweisung hat sich nicht bewährt. Dabei wurde in den Arbeitsagenturen auch ein funktionsfähiger Arbeitgeberservice aufgebaut, der passgenau Auswahl und Vermittlung von Fachpersonal für Unternehmen organisiert und begleitet.

Ina Leukefeld sieht sich auch durch den starken Rückgang der Vermittlungsgutschein-Ausgabe bestätigt. Von 2010 bis 2013 sank die Quote um mehr als 70 Prozent. „Seit der Instrumentenreform im Jahre 2011 sind die Mittel zur aktiven Arbeitsmarktpolitik auch für Thüringen mehr als halbiert worden. Hier liegt unser Hauptproblem. Viele Menschen, die trotz guter Entwicklung am Arbeitsmarkt weiterhin erwerbslos sind, brauchen eine besondere Begleitung, für die aber oft das Geld fehlt. Private Arbeitsvermittlung, die logischerweise Geld verdienen muss und will, wird hier nicht helfen können. DIE LINKE will deshalb in Thüringen u.a. mit Landesmitteln ein Programm öffentlich geförderter Beschäftigung auflegen und so mindestens 2.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen.“ ■

## KOMMENTIERT:

von Karola Stange

### Seitdem läuft gar nichts mehr

Am 1. August hatte Johanna Arenhövel zehn Jahre das Amt der Thüringen Beauftragten für die Gleichstellung von Frau und Mann inne – Fortschritte gab es in dieser Zeit keine. Anstatt wirkliche Frauen- und Gleichstellungsarbeit für Thüringen zu machen, durfte Johanna Arenhövel ein bisschen repräsentieren und ein bisschen verwalteten. Sie sieht sich kontinuierlich mit neuen Aufgaben konfrontiert, die sie nicht erfüllen kann.

Das Thüringer Gleichstellungsgesetz als zentrales Instrument dieses Politikbereiches hat Standards abgebaut, Männern potentiell zu neuen Posten verholfen und so unverbindliche Vorgaben z.B. zu Quoten gemacht, dass bei Nichteinhaltung nichts weiter passiert. Anstatt den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten mehr Rechte zu geben, wurden diese stark reduziert. Anstatt immer noch vorhandene Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, bei Führungspositionen oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen kompetent den Kampf anzusagen, dürfen nun auch Männer Gleichstellungsbeauftragte werden.

Noch schlimmer ist, dass beim Kampf gegen häusliche Gewalt die Uhren rückwärts gehen: Die gleichnamige Koordinierungsstelle wurde aufgelöst und das Aufgabengebiet bei Frau Arenhövel eingegliedert, ohne dass der personell völlig unterbesetzte Bereich aufgestockt worden wäre. Seitdem läuft gar nichts mehr, wie uns Fachfrauen sagen. Längst hätte der Maßnahmenplan fortgeschrieben werden müssen, aber das Thema dümpelt in der Monitoringgruppe seit einem Jahr vor sich hin, ohne dass Fortschritte erzielt werden konnten.

Ich habe schon seit langem den Eindruck, dass Frauen- und Gleichstellungspolitik durch die CDU blockiert wird und wir nur noch eine Beauftragte dafür haben, weil sie politisch versorgt werden musste. Schon die Einführung des sogenannten Schwedischen Modells unter dem damaligen CDU-Ministerpräsidenten Dieter Althaus, wonach sich alle Ressorts um die Gleichstellung kümmern sollten, war reinster Etikettenschwindel und sollte nur verschleiern, dass sich niemand dafür einsetzt. Mit der LINKEN wird es eine solche Fassadenpolitik nicht geben. Wir stehen für eine verantwortungsvolle Politik mit und für Frauen. ■

## AKTUELL

# Gescheiterte CDU-Abwasserpolitik

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Mike Mohring, hat jetzt ein Förderprogramm von 50 Millionen Euro für Abwasseranlagen im ländlichen Raum gefordert. „Dies ist ein weiteres Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen CDU-Abwasserpolitik“, so Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Seit über 20 Jahren ist die CDU für die Abwasserpolitik in Thüringen als Regierungspartei verantwortlich. Mehr als vier Milliarden Euro wurden in oftmals umstrittene zentrale Abwasseranlagen und Klärwerke investiert. Und trotzdem hat Thüringen den geringsten Anschlussgrad von Grundstücken an Kläranlagen.“ Noch rund 280.000 Grundstücke, das sind nahezu ein Viertel aller Grundstücke, sind abwasserseitig

nicht ordnungsgemäß entsorgt. Die CDU hat die Förderung von Abwasseranlagen systematisch reduziert, so dass viele Zweckverbände kaum noch investiert haben. So haben die Zweckverbände immer mehr Gebiete ausgewiesen, die nicht mehr an öffentliche Kläranlagen angeschlossen werden sollen. Hier müssen die Grundstückseigentümer auf eigene Kosten Kläranlagen errichten mit einer Förderung von maximal 25 Prozent.

„Der Protest gegen diese Abwasserpolitik war vorprogrammiert. Jetzt, wenige Tage vor der Landtagswahl, versucht die CDU die Kehrtwende und verspricht wieder mehr Fördermittel für Kläranlagen im ländlichen Raum. Derartige Versprechen kurz vor der Wahl haben für die Bürgerinnen und Bürger keine Glaubwürdigkeit. Die LIN-

KE bleibt dabei: Die Förderung von Abwasseranlagen, unabhängig ob es sich um öffentliche Klärwerke oder Grundstückskläranlagen handelt, muss so gestaltet werden, dass die finanzielle Belastung durch Gebühren und Beiträge gemessen am bisherigen Niveau nicht wesentlich steigt.“

Die Einnahmen aus der Abwasserabgabe, die über die Abwassergebühr ohnehin erhoben wird, müssten komplett wieder als Fördermittel ausgereicht werden. „Bleibt das Aufkommen der Abwasserabgabe vollständig im Abwasserfinanzierungssystem, kann die Förderung von notwendigen Investitionen ohne zusätzliche Belastung des Landeshaushaltes erfolgen. Dass die CDU ihre Blockade beenden will, ist jedoch eher unglaubwürdig“, so Frank Kuschel. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Landeserziehungsgeld endlich abschaffen

Nachdem jetzt auch der Landesrechnungshof das Thüringer Erziehungsgeld massiv kritisiert hatte, unterstrich die Familienpolitikerin der Linksfraktion, Margit Jung: „Wir sehen uns in unserer langjährigen Forderung nach Abschaffung des Landeserziehungsgeldes bestätigt. Ebenso wie das, jetzt noch einmal erhöhte, Bundesbetreuungsgeld halten solche Zahlungen vor allem Kinder aus ärmeren Familien von frühkindlicher Bildung fern. In Regierungsverantwortung werden wir das Erziehungsgeld wieder abschaffen und die frei werdenden Mittel einsetzen, um in eine verbesserte Qualität von Bildung und Betreuung in den Kindertagesstätten in Thüringen zu investieren.“ Margit Jung bezeichnete es als „völlig falschen Weg, mit staatlichem Geld Anreize zu setzen, damit wichtige staatliche Leistungen, wie die frühkindliche Bildung in Kindergärten, nicht in Anspruch genommen werden“. Mit einer solchen Politik werde, „billigend in Kauf genommen, dass sich die soziale Herkunft weiterhin negativ auf die Zukunftschancen von Kindern auswirkt“. ■

### Unterstützung für Kommunalforderungen

„Der Forderungskatalog des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen ist ein wichtiger Beitrag im Vorfeld der Landtagswahl. Die LINKE nimmt ihn ernst und erkennt viele Übereinstimmungen“, so MdL Frank Kuschel. So gehöre der kommunale Finanzausgleich auf den Prüfstein und sei eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen notwendig. Das schließe ein, die Einnahmepotenziale der Gemeinden auszuschöpfen. Der LINKE-Politiker sagte zudem die vom Gemeinde- und Städtebund geforderte Klarheit bei künftigen Verwaltungsstrukturen zu. Eine Funktional- und Verwaltungsreform sei eine der dringendsten Aufgaben der Landespolitik. „Wir wollen einen schrittweisen Übergang zu einem zweistufigen Verwaltungsaufbau in Thüringen. Neben der Bürgernähe steht dabei die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Strukturen im Mittelpunkt. Die Aufgaben der bisherigen Landesmittelbehörden sollen im Grundsatz kommunalisiert werden.“ Bei einer Aufgabenübertragung auf die Kommunen sei künftig die verfassungsrechtlich garantierte vollständige Kostenübernahme durch ein transparentes und nachvollziehbares Erstattungsverfahren zu unterstützen. Thüringen brauche eine Funktional- und Verwaltungsreform aus einem Guss. Das konzeptionslose Handeln der bisherigen Regierungskoalition müsse beendet werden. ■

# Lebensmittelkontrollen engmaschiger gestalten

**Nach der Vorstellung des Jahresberichts 2013 der amtlichen Lebensmittelüberwachung Thüringen durch die Thüringer Ministerin Heike Taubert verwies die verbraucher-schutzpolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion, Diana Skibbe, auf die problematischen Fakten und forderte engmaschigere Lebensmittelkontrollen.**

Lebensmittelkontrollen nur in 60 Prozent der Thüringer Betriebe, rund 1.400 Kontrollen weniger als im Jahr 2012, eine Beanstandungsquote von acht Prozent, weniger qualifizierte Kontrolleure – „leider hat sich hinsichtlich der von uns geforderten personellen Verstärkung für diesen Sektor nichts getan“, betonte Diana Skibbe.

Die aufgezeigten Beanstandungen und die über die letzten Jahre nahezu gleichbleibende Beanstandungsquote „belegen die Notwendigkeit engmaschiger Kontrollen und einer Verstärkung der Präsenz der staatlichen Lebensmittelkontrolle“. Die Landtagsabgeordnete unterstrich die Bedeutung des Bereichs, der die elementaren Interessen jedes Bürgers betreffe, und kündigte an: „Wir werden deshalb nach der Landtagswahl uns auch umgehend

mit der Problematik der Sicherung bzw. Verstärkung der Personaldecke für Lebensmittelkontrollen befassen.“

Problematisch erscheine auch die Kontrolle der importierten Lebensmittel. „Mögliche Gefahren liegen nicht nur in der Keimbelastung. Eine korrekte Kennzeichnung und auch der vollständige Nachweis aller Bestandteile der Lebensmittel ist überwiegend nicht gegeben“, sagte Diana Skibbe.

### Notwendigkeit von Schwerpunktstaatsanwaltschaften

Fraglich sei, wie die Kontrolle von möglicherweise gefährlichem Kinder-spielzeug organisiert werden könne, denn es sei nicht sichergestellt, dass insbesondere importiertes Spielzeug tatsächlich keine Schadstoffe enthalte.

„Es ist logisch, dass kommunale Ämter international agierende Konzerne nicht wirklich kontrollieren können. Dies beweist die Richtigkeit der LINKEN-Forderung nach einer auf Bundesebene organisierten, mit realen Kompetenzen ausgestatteten und fachlich gut aufgestellten Kontrollinstanz“, so Verbraucherschutzpolitikerin. Schade sei auch, dass die Forderung der LINKEN nach Einrichtung von Schwer-

punktstaatsanwaltschaften Lebensmittelsicherheit nicht aufgegriffen wurde: „Eine wichtige Möglichkeit zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen wird ignoriert“, kritisierte die Abgeordnete der Linksfraktion.

### 35 Betriebe geschlossen

Der Jahresbericht 2013 der Lebensmittelüberwachung weist aus, dass Thüringens Lebensmittelkontrolleure 35 Betriebe wegen baulicher Mängel oder schlechter Hygiene schließen ließen. Insgesamt gab es rund 40 000 Kontrollen in 31 303 Küchen, Gaststätten, Bäckereien oder Fleischereien. Im Vergleich zu 2012 ging die Zahl der Kontrollen um rund 1400 zurück.

In 92 Prozent der Betriebe seien keine Verstöße festgestellt worden. In 1585 Betrieben (8 Prozent) wurden Mängel festgestellt. Sie bezogen sich auf die Betriebshygiene, wie z.B. ungenügende Reinigung der Räume oder das falsche Lagern von Lebensmitteln. Die Behörden stellten im Freistaat 1346 Verwarnungen aus, in 367 Fällen wurden Bußgelder verhängt und 630 Mal Auflagen erlassen. Im Vergleich zu 2012 seien die amtlichen Maßnahmen rückläufig. ■

## Solidarität mit den Beschäftigten von Autogrill Eisenach

Nachdem jetzt der seit Monaten geführte Arbeitskampf der Beschäftigten an den Autobahnraststätten „Autogrill“ für einen Tarifvertrag mit einem unbefristeten Ausmaß der Kolleginnen und Kollegen der Raststätte bei Eisenach einen weiteren Höhepunkt erreicht hat, bekräftigte die LINKE Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsov die Solidarität und Unterstützung von Landtagsfraktion und Landespartei.

Autogrill ist ein weltweit agierender Gastronomie- und Einzelhandelskonzern mit 1.200 Niederlassungen in 43 Ländern und rund 7.5000 Beschäftigten. Den seit April mit immer wieder neuen Streikaktionen geführten Arbeitskampf der Eisenacher Autogrill-Mitarbeiter hatte die LINKE zusammen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) auch vor Ort tatkräftig unterstützt.

„Wir stehen an der Seite der besonders engagiert kämpfenden Eisenacher Autogrill-Beschäftigten. Ihre Entschlossenheit ist beispielhaft. Ich fordere die Landesregierung auf, die Streikenden zu unterstützen und Autogrill an den Verhandlungstisch zu holen“, betonte Susanne Hennig-Wellsov und verwies auf die skandalöse Tatsache, dass in Thüringen lediglich 22 Prozent der Unternehmen tarifgebunden sind. Die streikenden Beschäftigten bei Autogrill kämpfen für den Ab-



schluss eines Tarifvertrags, angelehnt an den für das Hotel- und Gaststätten-gewerbe. Deutsche Raststätten sind zumeist tariffreie Zonen mit Hungerlöhnen, bei denen es auch keine Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit gibt, und schlechten Arbeitsbedingungen.

Unter der Besuchergruppe der Gewerkschaft NGG, die Bodo Ramelow am 17. Juli im Thüringer Landtag begrüßen konnte, waren auch einige Kolleginnen und Kollegen von der Auto-

grill-Raststätte Eisenach (s. Foto). Beim Gespräch mit dem LINKE-Fraktionsvorsitzenden stand ihr Arbeitskampf im Mittelpunkt. Mit dem Tarifvertrag gehe es auch darum, dass sie die erste Lohnerhöhung seit über zehn Jahren bekommen. Bodo Ramelow hatte den Kolleginnen und Kollegen für diesen Arbeitskampf seinen „allergrößten Respekt“ ausgesprochen. Er könne nur immer wieder sagen: „Haltet durch! Ihr habt es verdient und werdet irgendwann erfolgreich sein!“ ■

# „Es gibt überhaupt keinen Grund zur Entwarnung“

**Bodo Ramelow: LINKE-Kritik bleibt, Masterplan für Energiewende in Thüringen fehlt**

Dass sich die Thüringer CDU nun als Vorkämpferin gegen den Bau neuer Stromtrassen gebärde, diene wohl eher dazu, in Wahlkampfzeiten die Gemüter zu beruhigen. „Offenkundig soll mit vagen Ankündigungen dem Bürgerprotest der Wind aus den Segeln genommen werden, um sich als vermeintliche Trassengegner einfach über den Wahltag zu retten“, hatte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, bereits Ende Juli erklärt mit Bezug auf Äußerungen der Thüringer Ministerpräsidentin, dass die geplante Südost-Gleichstromtrasse „so“ nicht kommen werde.

Inzwischen hat auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Hoffnungen auf eine Trassenänderung der umstrittenen Gleichstrompassage Süd-Ost eine Absage erteilt. Die Trassenbetreiber würden wohl keinen Vorschlag vorlegen, der Thüringen nicht tangiert, so Gabriel bei einem Wahlkampf-Besuch kürzlich in Jena.

Es sei allerdings gut, wenn jetzt „Bewegung in die Frage des Trassenneubaus kommt, aber das allein reicht nicht aus“, hatte Bodo Ramelow erklärt. Erst mit einer Änderung der Rechtsgrundlagen könnten die Bürger darauf vertrauen, dass die Tasse entlang der A9 nicht gebaut werde, und es bleibe daran zu erinnern, dass das Land Thüringen nichts unternommen hat, um die planerischen Grundsätze zu verhindern.

„Die Kernkritik der LINKEN bleibt: es fehlt ein Masterplan für die Energiewende in Thüringen. Für eine wirklich dezentrale und regenerative Energiewirtschaft müssen auch die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb werfe ich die momentanen reinen Ankündigungen nur als Beruhigungsspiel im Wahlkampf und noch nicht als ernstzunehmenden Aus-

stieg aus der überbordenden Hoch- und Höchstspannungsneubau-Planung. Bundesplanungsrecht ist jedenfalls nicht geändert worden, daher gibt es überhaupt kein Grund zur Entwarnung.“ Notwendig sei es, Energiesicherheit und -bezahbarkeit miteinander in Einklang zu bringen und die Planungen strikt an den Grundsätzen regional, dezentral und regenerativ auszurichten, so Bodo Ramelow.



**Landrätin Petra Enders (LINKE) warnt „vor diesem Doppelspiel“**

Ein von den Thüringer Landräten gefordertes Moratorium schließt auch den sich in der Planfeststellung befindlichen Bauabschnitt von Altenfeld zur thüringischen Landesgrenze ein. „Noch gibt es keine Baugenehmigung. Das Land als Genehmigungsbehörde hat es in der Hand, diese zu erteilen bzw. zu verweigern“, unterstrich jetzt die LINKE-Landrätin des Ilm-Kreises,

Petra Enders, und forderte die Landesregierung auf, das Moratorium ernst zu nehmen. „Mit der im Herbst von der Bundesregierung angekündigten Reform des Energiewirtschaftsgesetzes müssen klare Regelungen getroffen werden, die sichern, dass bei ausreichender Erneuerbarer Stromversorgung zukünftig konventionelle Kraftwerke kein gesichertes Einspeiserecht mehr haben.“

Ganz besonders darf kein Netzausbau mehr erfolgen, den zum Schluss der Stromverbraucher bezahlen muss. Daraus abgeleitet ist eine dringende Überarbeitung der Netzentwicklungsplanung notwendig, die eine Novellierung des Energieleitungsausbaugesetzes und der Bundesbedarfsplanung nach sich ziehen muss“, sagte Petra Enders. Nur so werde gesichert, dass die sich in der Diskussion befindliche Gleichstromleitung an der A9 und weitere durch Thüringen geplante Höchstspannungstrassen, nicht umgesetzt werden.

„Mit der seit Jahren geübten Praxis, den Menschen Stromtrassen direkt vor die Haustür zu stellen, ihr Umfeld und ihre Heimat zu verschandeln und dies dann mit der Energiewende und dem Klimaschutz zu begründen, sollen die Bürger für dumm verkauft werden. Vor diesem Doppelspiel, das eindeutig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land geht, warne ich, denn die derzeit breite Akzeptanz für eine dringend notwendige Energiewende wird damit verspielt werden“, mahnte die Landrätin.

Archiv-Foto: Bürgerprotest vor dem Thüringer Landtag.

## VON A BIS Z:

### Dispozinsen

Die verbraucherpolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion, Diana Skibbe, hat sich mit großem Unverständnis zur unverändert enormen Höhe der Dispozinsen geäußert: „Jetzt wurde durch die EZB, die Europäische Zentralbank, die Höhe des Leitzinses mit 0,15 Prozent bestätigt. Die Kreditinstitute können sich also fast zum Nulltarif bei der Notenbank Geld leihen.“

Nun sollte man doch annehmen, dass von diesen höchst lukrativen Konditionen auch die Bankkunden profitieren. Aber weit gefehlt. Die Zinssätze für Dispozinsen bewegen sich weiter in einer durch nichts zu erklärenden Höhe. Elf Prozent und mehr Dispozinsen und über 17 Prozent für geduldete Überziehungen sind hier die Normalität. Gerade Sparkassen sind dabei häufig die Vorreiter. Diese Handlungsweise ist in höchstem Maße fragwürdig. Aber wie sagte man schon im alten Rom: ‚Pecunia non olet‘. Immerhin haben die deutschen Banken allein aus dem Dispo-Geschäft im Jahr 2011 3,7 Milliarden Euro eingenommen. Offensichtlich besteht hier kein Regelungsinteresse, obwohl 30 Prozent der Bankkunden in Deutschland den Dispo nutzen.“

Diana Skibbe verwies darauf, dass die LINKE „schon lange gegen die Abzocke der Bankkunden kämpft“ und „eine Dispo-Deckelung“ fordert. „Wir werden in Thüringen noch in diesem Jahr erneut Anlauf nehmen, um die Dispozinsen der Sparkassen in Thüringen gesetzlich auf fünf Prozent zu begrenzen.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssondersitzung:

Vor dem Ende dieser Legislatur kommt der Thüringer Landtag zu einer außerplanmäßigen Sondersitzung zusammen. Anlass ist die Vorlage des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Hintergründe des neonazistischen NSU-Terrors. Die Sondersitzung findet am Freitag, den 22. August, statt und beginnt um 10.00 Uhr.

Die Sondersitzung wird im Internet per Livestream übertragen auf der Web-Seite der Linksfraktion sowie im Informationsdienst des Thüringer Landtags: [www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/plenum](http://www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/plenum).

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Mietpreisbremse

Dass im Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse weitere Ausnahmetatbestände zugelassen werden sollen, „zeigt, dass kein politischer Wille da ist, Problemlagen der von steigenden Mietpreisen Betroffenen ernst zu nehmen“, protestierte MdL Heidrun Sedlacik. Von der im Bundestagswahlkampf 2013 angekündigten Initiative bleibe kaum noch etwas übrig. „Eine aufgeweichte Mietpreisbremse – sie soll z.B. für laufende Mietverträge und Erstvermietungen nicht gelten – kann nicht greifen. Solange das ortsübliche Niveau der Mietpreise für den Mietspiegel aus den Neuvermietungen der letzten vier Jahre berechnet wird, muss eine wirksame Preisbindung her“, forderte die LINKE Politikerin.

## Buchpremiere

Am 5. September 2014 stellt der Eckhaus Verlag im Jugend- und Kulturzentrum mon ami in Weimar (Graben 6) sein neues Buch vor. „Ein gewisser Herr Ramelow“ von Stefan Wogawa widmet sich dem jahrelangen Kampf des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag gegen die Bespitzelung durch den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz, der er trotz seines Status als demokratisch gewählter Landtags- und Bundestagsabgeordneter ausgesetzt war. Bei der Premiere wird neben Bodo Ramelow auch Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, anwesend sein, der das Vorwort beigesteuert hat. Die Veranstaltung beginnt 13.00 Uhr, der Eintritt ist frei.

## Amtstierärzte

„Dass die Zahl der Amtstierärzte gesunken ist, ist ein Skandal, denn es gibt immer mehr Tiertransporte, auch die Anforderungen bei Kontrollen in Schlachthöfen und Tierzuchtanlagen wachsen. Die Menge der tierischen Produkte ist gestiegen und damit auch die Arbeitsbelastung für die Tierärzte. Thiendorf ist trauriges Beispiel, wie die Lücke zwischen mangelhafter Umsetzung der Gesetze und fehlenden Kontrollkapazitäten zum Leid der Tiere führt“, so MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright (LINKE), die mit Blick auf die Amtstierärzte betonte: „Es ist Aufgabe der Landesregierung, nicht einen Personalabbaupfad bis zum Kollaps zu beschreiben, sondern dem wichtigsten Personalbedarf zu entsprechen.“

## KURZ UND PRÄGNANT

### Kalisalze: Weiterer Aufsuchungsantrag

Nachdem die Firma EAST EXPLORATION PTY LTD aus Australien angekündigt hat, im Raum Küllstedt nach Kalisalzen suchen zu wollen, gibt es nun auch für den Raum um Gräfontonna einen solchen Antrag. Der LINKE-Umweltpolitiker Tilo Kummer nennt es „merkwürdig, dass die Landesregierung über das Vorhaben in Küllstedt informierte, den Gräfontonnaer Antrag jedoch verschwieg“. Verwundert zeigt er sich auch über die Aufsuchungsanträge des australischen Unternehmens, „da in Thüringen mit Roßleben sogar eine bekannte Lagerstätte vorhanden ist, die mit verhältnismäßig geringem Aufwand wieder genutzt werden könnte. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie mögliche Investoren entsprechend berät“, so Tilo Kummer, der eine Anfrage an die Landesregierung eingereicht hat. Er fordert von der Gesellschaft zur Verwertung und Verwertung stillgelegte Bergwerksbetriebe (GVV) eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Verkauf der Grube Roßleben. Die GVV hatte mit der Begründung, der internationale Kalimarkt wäre so schlecht, die Verhandlungen mit einer Thüringer Gesellschaft beendet. Tilo Kummer hofft, dass in Roßleben ein Kalibergbau ohne Haldenerrichtung und ohne Einleitung von Salzabwässern in Gewässer möglich wird. ■

### Kommunale Tierheime

Angesichts der Finanznot der Kommunen sind die Tierheime in Thüringen gefährdet. So droht dem Tierheim in Schleiz zum 1. November die Schließung, da der letzte Mitarbeiter über einen geförderten Arbeitsplatz dann aufhören muss. Dies ist kein Einzelfall. „Die Kommunen sind per Gesetz für die Unterbringung herrenloser Tiere zuständig, erhalten aber dafür zu geringe finanzielle Mittel“, so der LINKE Kommunalexperte Frank Kuschel. „Deshalb müssen jetzt andere Lösungen gefunden werden. Wir schlagen vor, dass ein Teil des Hundesteueraufkommens in den Kommunen zweckgebunden für den Unterhalt von Tierheimen genutzt werden kann.“ Frank Kuschel hat eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung eingereicht. Er will wissen, welche kommunal- und haushaltsrechtlichen Instrumente die Gemeinden in Thüringen haben, um ein mögliches Ermessen hinsichtlich einer Zweckbindung des Aufkommens der Hundesteuer auszuüben. Derzeit fließt diese als allgemeine Einnahme in den Verwaltungshaushalt. Im Sinne des Tiereschutzes und des Erhalts der Tierheime sei eine unbürokratische Lösung notwendig. ■

# Promi-Anwalt für Verfassungsschützer

Steuergeldverschwendung: LINKE Abgeordnete schaltet Landesrechnungshof ein

**Die Landtagsabgeordnete Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, hat die Bezahlung eines „Verfassungsschutz-Promianwaltes“ für die Begleitung von Mitarbeitern des Thüringer Geheimdienstes, die im Untersuchungsausschuss vernommen wurden, beim Landesrechnungshof Thüringen angezeigt. Hintergrund sind rund 7.000 Euro Steuergelder, die der Verfassungsschutz für die Begleitung von zwei Verfassungsschützern zu je einer Untersuchungsausschuss-Sitzung sponserte.**

Bereits im Januar hatte sich Katharina König mit einer Kleinen Anfrage bei der Landesregierung nach der Finanzierung jenes Anwaltes erkundigt, der bereits auffällig oft verschiedene Verfassungsschützer vor unterschiedlichen NSU-Untersuchungsausschüssen vertrat (Bund, Sachsen und Thüringen sowie Trinkaus-UA Thüringen). Das Innenministerium teilte mit, dass der Verfassungsschutz in zwei Fällen insgesamt 7.041 Euro gezahlt habe, wei-

tere 3.000 Euro seien in einem dritten Fall bereits zugesagt gewesen. Obwohl keine ausdrückliche gesetzliche Regelung existiert, begründete die Landesregierung die Finanzierung des Anwalts mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Das Innenministerium verwies auf einen Runderlass über den Rechtsschutz für Bedienstete des Freistaats Thüringen vom 20.09.1994.

### Das macht das Ziel maximaler Aufklärung doch sehr fragwürdig

Dieser Runderlass bezieht sich jedoch ausschließlich auf Zivilsachen sowie Strafsachen. Bei Zeugenbefragungen vor dem UA 5/1 und UA 5/2 spielen jedoch weder zivilrechtliche Ansprüche eine Rolle, noch sind die geladenen Zeugen in der Rolle eines Beschuldigten, Tatverdächtigen oder Angeklagten.

Mit einer erneuten Anfrage hakte Katharina König nach und erhielt nun die Antwort, dass aufgrund der besonderen Umstände und der „Schwierigkeit der anwaltlichen Beistandsleistung“ im Untersuchungsausschuss ein Stunden-

satz von 250 Euro angemessen und ortsüblich sei. „Ich wüsste nicht, was einen Zeugenbeistand im Untersuchungsausschuss so viel komplizierter macht als vor einem normalen Gerichtsprozess, es handelt sich hier um eine normale anwaltliche Einzeltätigkeit und da dürfte der Stundensatz entgegen den Ausführungen des Innenministeriums maximal halb so viel betragen als hier berechnet wurde“, äußert die Abgeordnete mit Blick auf den lukrativen Verdienst von damit ungefähr 3.500 Euro für das Platzieren eines Anwaltes neben einem Verfassungsschützer an einem (!) Tag vor dem Untersuchungsausschuss 5/2.

„Angesichts der Tatsache, dass die Zeugen auch gerade über das Treiben im Verfassungsschutz vor dem Untersuchungsausschuss vollständig und wahrheitsgemäß aussagen sollen, der Verfassungsschutz jedoch selbst nicht wenig Geld investiert, um die Zeugen per Anwalt zu begleiten, welcher dann berät, was sie aussagen oder besser nicht aussagen sollen – auch um sich gegebenenfalls nicht zu belasten –, erscheint dieser Vorgang vor dem Hintergrund des Ziels von maximaler Aufklärung doch sehr fragwürdig“, so die Abgeordnete. Natürlich sind die Grundrechte von Zeugen zu wahren, jedem stehe es frei, sich einen Beistand zu holen, „fraglich ist jedoch, ob der Freistaat Thüringen auch für diese bezahlen müsste“. Die Landesregierung erklärte, dass der gewählte Anwalt eine Ü3-Sicherheitsverfügung besitze. Damit hätte er auch zur Vorbereitung Einsicht in drei Verfassungsschutz-Operativ-Akten nehmen können.

### Fälle von übermäßiger Alimentierung Einzelner

„Dass die Landesregierung nun erklärt, dass es im Rahmen einer Recherche in den letzten zehn Jahren keinen vergleichbaren Fall in der gesamten Landesregierung und ihren nachgeordneten Behörden, einschließlich dem Thüringer Verfassungsschutz, gab, in dem ein Rechtsanwalt mit Ü3-Überprüfung für die Behörden tätig wurde, ist ebenso erstaunlich wie der Umstand, dass im Thüringer Verfassungsschutzamt selbst neun Juristen mit Ü3-Sicherheitsermächtigung angestellt sind. Man hätte die ganze ohnehin fragwürdige Aktion sogar kostenfrei mit einem der Hausjuristen haben können.“

Für Katharina König steht nun der Verdacht der Steuergeldverschwendung im Raum. Sie hat den Vorgang beim Landesrechnungshof zur weiteren Prüfung angezeigt. „Ob Regierungssprecher, Staatskanzleichef oder Verfassungsschützer, der neuerliche Vorfall reiht sich ein in eine Vielzahl von Fällen übermäßiger Alimentierung von Einzelpersonen durch die Landesregierung.“ ■

## Netzwerk für Willkommenskultur

*Kürzlich waren die Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld und Karola Stange auf Informationsreise im Erfurter Welcome Center Thüringia und anschließend im European Career Center Erfurt (ECC). Dabei ging es um die bessere Integration von Menschen, die nach Thüringen ziehen. Fazit der LINKE-Abgeordneten: „Thüringen braucht einen ressortübergreifenden Ansatz, der über ein Netzwerk für Integration und Willkommenskultur alle an einen Tisch bringt, so dass die Kompetenzen gebündelt werden. Notwendig ist eine Kooperationsvereinbarung, um Doppelstrukturen zu vermeiden und effektive Lösungsansätze zu fördern.“*

*Das Welcome Center Thüringia, direkt gegenüber vom Erfurter Hauptbahnhof gelegen und als Außenstelle der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung (ThaFF) noch nicht ein Jahr in Funktion, ist schon heute ein wichtiger Anlaufpunkt für Menschen, die nach Thüringen ziehen und hier auf vielfältige Probleme – von der Arbeitssuche bis zu Behördengängen – stoßen. Aber auch Unternehmen melden sich vermehrt. „Die Mitarbeiterinnen und der Geschäftsführer, Andreas Knuhr, sind äußerst engagiert. 4.800 Beratungen in nicht einmal einem Jahr sind ein gutes Zeugnis. Hier und auch bei unserer*



*zweiten Tagesstation herrschte großes Einvernehmen, dass Willkommenskultur weit mehr als nur Fachkräftegewinnung ist und dass vor allem auch die vom Wirtschaftsministerium mit ausgehandelten Qualitätsstandards bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte noch eine Konkretisierung brauchen“, so Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin.*

*Das European Career Center Erfurt, eines von vier regionalen Europaservicebüros, zeichnet sich durch eine hohe Dichte transnationaler Kontakte und Verbindungen zu den regionalen Unternehmen aus. „Es ist sehr wichtig, dass mit dem ECE wichtige internationale Kontakte allen Unternehmen der Region zur Verfügung stehen. Hier ist es sinnvoll, die Vernetzung weiter auszubauen, gerade auch im Sinne eines weltweiten Erfurts und Thüringens“, sagte Karola Stange, Sozialpolitikerin und direkt gewählte Erfurter Abgeordnete. ■*

## DAS THEMA

# „Gemobbt, beleidigt, gejagt, herabgewürdigt“

Aus dem Plenarprotokoll der Debatte zum Trinkaus-Untersuchungsausschuss

In der letzten Landtagssitzung wurde der Abschlussbericht des sogenannten **Trinkaus-Untersuchungsausschusses** beraten. Dabei herrschte große Einigkeit über alle Fraktionen hinweg, die auch gemeinsam die **Einsetzung des Ausschusses (UA 5/2) beschlossen hatten**. Das war am **14. Dezember 2012 – Thema: „Erfolgte Bespitzelung, Herabwürdigung und Infiltration von Parteien, Fraktionen und Vereinen durch einen als V-Mann geführten führenden Neonazi mit Wissen und/oder Zustimmung des Landesamtes für Verfassungsschutz und der Thüringer Landesregierung und deren Umgang mit erlangten Informationen über Aktivitäten und Straftaten der extremen Rechten in Thüringen“**.

Die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, die CDU-Abgeordnete Evelin Groß, verwies auf den Anlass der Einsetzung des UA 2/5 – „die Selbstenttarnung des ehemaligen V-Manns des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz und ehemaligen Vorsitzenden des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda, Kai-Uwe Trinkaus, in einem Bericht des Mitteldeutschen Rundfunks am 5. Dezember 2012. Man kann wirklich sagen, dass dieser Bericht und die Recherche der Journalisten diese parlamentarische Befassung erst in Gang gebracht haben“.

Frau Groß betonte, „dass alle Opfer von Trinkaus und anderen unter seinem Einfluss stehenden Thüringer Neonazis ohne eigenes Zutun und ohne Anlass dazu gegeben zu haben, von diesen zu Opfern seiner und seiner Helfershelfer-Machenschaften geworden sind“. Es wurde bei „der Beweisaufnahme festgestellt, dass die für die Werbung grundlegenden Bedingungen durch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz nicht eingehalten worden sind“.

### „Welchen Gewaltmarsch durch die Akten wir absolviert haben“

Schließlich kam die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses mit Blick auf den Abschlussbericht zu folgendem Fazit: „Vorliegend war festzustellen, dass die Verwendung von Trinkaus als V-Mann aufgrund seiner Umtriebigkeit und aufgrund seiner Bekanntheit mit Persönlichkeiten des politischen Lebens die parteipolitische Neutralität des Verfassungsschutzes gefährden würde. Gleichmaßen war seine überproportionale Aktivität in den Vereinen, insbesondere die versuchte Einflussnahme auf unpolitische Vereine, nicht hinnehmbar. Da Kai-Uwe Trinkaus auch im Wesentlichen über von ihm selbst geschaffene Gefahren berichtete, hätte nach einer erkennbar erforderlichen sorgfältigen Abwägung seine Werbung als V-Mann zumindest nicht zu einer Verpflichtung betrieben werden dürfen.“

Der Fraktionsvorsitzende der LINKE und Mitglied des Untersuchungsausschusses, Bodo Ramelow, sagte,

die Ausschussvorsitzende habe deutlich gemacht, „welchen Gewaltmarsch durch Akten wir absolviert haben. Die Besonderheit, das ist in dem bundesrepublikanischen Parlamentsgeschehen einmalig, dass ein Untersuchungsausschuss sämtliche Beschlüsse einstimmig getroffen hat“.

Der LINKE-Politiker weiter: Fünf Landtagsabgeordnete, „drei davon aus meiner Fraktion, Frank Kuschel, Knut Korschewsky und Susanne Hennig-Wellsow, sowie Egon Primas von der CDU und Birgit Pelke von der SPD waren diejenigen, die auf unterschiedlichste Art und Weise gemobbt, gejagt, in die Ecke gedrängt, niedergetreten, beleidigt, herabgewürdigt wurden. Dazu kommen noch eine ganze Reihe von Vereinen und Verbänden, also ver.di,

Quelle anwerben. Dann hat man eine Quelle und dann sprudelt die Quelle. Das Problem, das niemand wissen wollte, war, dass die Quelle nicht nur gesprudelt hat, sondern sie hat produziert. Sie hat ein Bild über Menschen produziert, über die hinterher ein Amt Akten angelegt hat oder Personen von uns hier im Hohen Haus öffentlich sich zur Wehr setzen mussten, auf schlimmste Art und Weise angegriffen, diffamiert“.

### Bodo Ramelow: „Jeder Hauch eines Verdachts ist von allen genommen und die Täterstrukturen sind klar zugeordnet“

Der Fraktionsvorsitzende verwies u.a. auf das Beispiel des LINKE-Abgeordneten Frank Kuschel, der einen Praktikanten bekam. „Dieser Praktikant war auffällig geworden bei einer antifaschistischen Aktion. Da ist er von der Polizei kontrolliert worden und hatte ein Messer bei sich. Mit diesem Nimbus war er angemeldet bei den Jusos. Über die Legitimation der Jusos hat er sich bei der linken Fraktion angemeldet und entpuppt sich hinterher als

Nazi, also eine Legende gestrickt (...) die Jusos sind nicht weitgehend genug, wir möchten jetzt einmal bei den ganz linken Linken mitmachen und ich bin ein antifaschistischer Kämpfer und da gibt es die Fotos, da gibt es die Polizei und es gibt die Taschendurchsuchung. Dann geht er mit Frank auf Tour, Frank nimmt ihn mit als Abgeordneter, lässt ihn Einsicht nehmen in die Arbeit von Parlamentariern – so wünsche ich mir jedenfalls Praktika, dass die jungen Menschen, die herkommen, auch mitgenommen werden – und hinterher wird genau dieser Praktikant von Axel Hemmerling, dem MDR-Journalisten, enttarnt. Axel Hemmerling sagte, den habe ich auf einer Nazidemo gesehen, schaut in seinem Material nach und sagt, das ist ein Nazi. Damit stoppen wir ihn und dann erzählt Kai-Uwe Trinkaus über diesen Nazipraktikanten, ein sexueller Übergriff von Frank Kuschel wäre an ihm ausgeübt worden.

Jetzt, Kolleginnen und Kollegen, was heißt denn das, wenn man öffentlich auf einmal im Rampenlicht als Abgeordneter mit so einem Vorwurf steht? Dagegen mussten wir uns juristisch zur Wehr setzen. Darum geht es emotional, damit wir ungefähr wissen, wie die Menschen, die hier angegriffen worden sind, nicht nur einfach ein Observationsobjekt waren, wo man sagt, ich hole mal ein paar Informationen. Und wenn man sowieso schon sauer auf Frank Kuschel ist, weil er so nervig ist,

weil er immer Anfragen stellt, dann passt das natürlich wunderbar in das politische Bild – jetzt auch noch so etwas.“

Weiter Bodo Ramelow: „Ich finde es eine Sternstunde für uns, dass wir in der letzten regulären Landtagssitzung deutlich machen können, jeder Hauch eines Verdachts ist von allen genommen und die Täterstrukturen sind klar zugeordnet, sie heißen Kai-Uwe Trinkaus und alle seine Gesinnungsgenossen, die bei der Unterwanderung und Zersetzung dabei waren und vorsätzlich dieses gemacht haben. Vorsätzlich, denn Kai-Uwe Trinkaus hat es immer wieder als Begründung angegeben und gesagt, die z.B. bei Frank Kuschel angelegte Strategie sollte so lange laufen, bis die Landtagswahl 2009 kommt. In der Landtagswahl 2009 sollte Frank Kuschel mit dieser Unterwanderung enttarnt werden, um im Wahlkampf einseitig gegen unsere Partei Stimmung zu machen“.

Bezug nehmend auf Evelin Groß, die zum Landesamt für Verfassungsschutz und zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes gesagt hatte, es seien Konsequenzen gezogen worden und es dürften V-Leute nur noch als Ultima Ratio eingesetzt werden, betonte Bodo Ramelow: „Wir sagen als Schlussfolgerung, das ist lediglich die Differenz, wir sagen, V-Leute gehören gänzlich abgeschafft, sie haben keine Berechtigung. Sie haben bewiesen, dass sie nicht steuerbar sind, weil sie aus dem Milieu sind und weil kein Beamter sie korrekt steuern kann.“

### Birgit Pelke: „Mein Vertrauen ist tief erschüttert“

Dazu auch die SPD-Abgeordnete Birgit Pelke: „Ich selbst war 2007 als Vizepräsidentin des Landtags und Vorsitzende des Stadtsportbundes Erfurt von diesen ehrverletzenden Maßnahmen eines Kai-Uwe Trinkaus betroffen (...) Eine Erfahrung, die bei mir bis heute nachwirkt, die mich nachdenklich macht und angesichts der ermittelten Tatsachen im Untersuchungsausschuss in mir Erschrecken und Misstrauen ausgelöst haben.“

Als Obfrau in gleich zwei Untersuchungsausschüssen, in denen ich mitarbeiten darf, bleibt mir, nach alledem, was ich dort erlebt und gehört habe, zu sagen, mein Vertrauen in die Arbeit des Verfassungsschutzes in die Arbeit der Sicherheitsorgane an sich ist tief erschüttert. Meine Biografie war immer geprägt davon, dass Verfassungsschutz nicht nur etwas ist, das dazugehört, sondern dass es wichtig war und wichtig und notwendig ist. Angesichts dessen, was ich erleben musste, teile ich für mich persönlich – ich sage das ausdrücklich für mich persönlich, nicht für meine Fraktion – die Position der Linken, was V-Leute angeht.“



die Deutsch-Israelische Gesellschaft, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Bund der Vertriebenen, für den Egon Primas höchst unangenehme Erfahrungen sammeln musste. Das engagierte Arbeitsbündnis, der Bürgerverein ‚Westliches Wachhaus‘, da hat der Stadtrat – den will ich einfach mal nennen – der Stadtrat Wolfgang Metz berichtet, wie unangenehm es war, auf einmal öffentlich angeprangert zu werden, dass Wolfgang Metz als Stadtrat sagt: Ich setze mich hier nicht mit Nazis an einen Tisch. Er war auf einmal derjenige, der die Harmonie gestört hat und er hat erleben müssen, dass andere von ihm abgerückt sind, weil man die fröhliche Harmonie nicht gestört haben wollte. Hinterher erfährt man erst, dass das alles gezielte Manöver von Kai-Uwe Trinkaus waren und seinen Gesinnungsgenossen in welcher Reihenfolge und Schattierung auch immer. Der Bismarckturn-Verein sei auch genannt“.

### „Die Quelle hat nicht nur gesprudelt, sie hat produziert“

Mit Blick auf die „Welle von Nazi-Aktivitäten in Erfurt und Umgebung in der Zeit, in der Kai-Uwe Trinkaus angeworbener V-Mann-Spitzel war“, sagte Bodo Ramelow: „Da gibt es einen inneren Zusammenhang. Erst sagt man, man habe in der NPD keine ausreichende Quelle und deswegen müsse man eine

# Rocker und rechte Szene

In den letzten Jahren gab es bereits verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen Rockern aus dem Umfeld der Hells Angels im sogenannten „Alten Labor“ in Unterwellenborn und Neonazis aus Saalfeld. Sie veranstalteten hier mehrfach Konzerte. Erst im Frühjahr 2013 fand eine gemeinsame Veranstaltung mit 130 Personen aus der rechten sowie der Rocker-Szene statt. Wie Katharina König bekannt wurde, haben sich in den letzten Monaten zwei neue Gruppierungen im Landkreis Saalfeld Rudolstadt herausgebildet, die zum Teil Verbindungen zur rechten Szene aufweisen.

„Nachdem es eine Weile nur vermeintlich ruhig war, braut sich erneut eine gefährliche Mischung zusammen. Es sind keine harmlosen Motorradcliquen, sondern zum Teil einschlägige Neonazis sowie Protagonisten aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität“, so die Sprecherin der Linksfraktion für Antifaschismus und Landtagsabgeordnete in Saalfeld, die auf einen Motorradclub Namens „C6H6“ verweist, der sich aus mehreren jungen Neonazis zusammensetzt.

Mit einer Kleinen Anfrage hatte sie die Gruppe im 1. Halbjahr im Thüringer Landtag thematisiert. Das Innenministerium teilte jetzt mit, dass man noch keine Erkenntnisse habe, wonach die Gruppe der Rockerkriminalität oder

der rechten Szene zuzuordnen sei, auch hätte man erst im 1. Halbjahr 2014 von ihr erfahren.

Nach Informationen der Abgeordneten soll jedoch der Präsident der hierarchisch aufgebauten Gruppe der Neonaziszene und dem Umfeld der rechten Gruppe „Freies Netz Saalfeld“ angehören und vor einem Jahr als Ordner ein Neonazi-Konzert mit 150 Besuchern in Kahla abgesichert haben. Dabei trug er ein T-Shirt, auf dem er sich mit dem angeklagten mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben solidarisierte. Katharina König liegen Bilder dazu vor, die Landesregierung selbst bestätigt den Vorgang in der Anfrage.

## „Sicherheitsbehörden müssen Annäherung beider Milieus im Blick behalten“

Darüber hinaus gebe es Hinweise, wonach zwei der drei weiteren Gründungsmitglieder in einer Rechtsrock-Band namens „Nordfeuer“ aus dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt mitspielten und in sozialen Netzwerken und mit einschlägigen Tätowierungen sowie Textilien ebenso Verbindungen in die rechte Szene aufweisen.

Ein weiterer Angehöriger des Clubs hatte im Frühjahr indirekt als Administrator der Facebook-Gruppe „Nein zum Asylbewerberheim in Rudolstadt“ in den Raum gestellt, dass es spekulativ auch zu gewalttätigen Aktionen gegen die neue Unterkunft kommen

könnte (Wortlaut: „Wir sind friedlich gegen das Asylheim in Rudolstadt...NOCHI!“). Inzwischen hat sich die „C6H6“-Gruppe mit einschlägigen Personen aus dem Bereich der „Hells Angels“ bzw. deren Supporter-Clubs getroffen. Jene Hells-Angels-Unterstützer haben am 19. Juli nach Angaben der offiziellen Webseite einen lokalen Ableger Namens „Blood Red Section PC Saalfeld“ gegründet. Entsprechende Vereins-Devotionalien sind in den Fenstern vom Bahnhof Könnitz nahe Unterwellenborn zu sehen, dessen Räume offenbar als Treffpunkt genutzt wurden. Teile jener Rocker-Gruppe waren bereits unter dem Namen „Blood Red Section MC Hof“ und „Hells Angels MC Hof“ im „Alten Labor“ in Unterwellenborn ansässig.

Die Landesregierung bestätigte im Mai 2013, dass die dort wohnhaften Personen Bezüge zur rechten Szene und zur Organisierten Kriminalität aufweisen. Katharina König liegen Fotos vor, die ein Zusammentreffen zwischen den Jungnazi-Rockern aus Königsee und einem Repräsentanten des neuen Saalfelder Hells-Angels-Unterstützerclubs „Blood Red Section“ zeigen. Sie hoffe, „die Sicherheitsbehörden schärfen ihre Wahrnehmung und behalten die Annäherung beider Milieus im Blick, gerade eine zunehmende Verzahnung von Rockern und Neonazis könnte auch gravierende Folgen haben“. Die LINKE hat eine weitere parlamentarische Anfrage vorbereitet. ■

## Spenden des Abgeordnetenvereins überreicht

Die 2.580. Zuwendung des Spendenvereins der Abgeordneten der LINKE-Landtagsfraktion, der Alternative 54 Erfurt e.V., hatte MdL Ute Lukasch kürzlich an die Ortsgruppe Schmölln der Rheuma-Liga, Landesverband Thüringen, übergeben, wie die Wahlkreismitarbeiterin Conny Lier informierte. Weiter heißt es in ihrer Mitteilung: „Die Alternative 54 hat sich bereits Mitte der neunziger Jahre gegründet. Mitglieder dieses Vereins sind hauptsächlich die Abgeordneten der Fraktion der Linken im Thüringer Landtag. Diese Abgeordneten zahlen seit Bestehen des Vereins ihre Diätenerhöhung zur gemeinnützigen Verwendung ein - seither fast eine Million Euro. Der Name des Vereins rührt aus dem Artikel 54 der Thüringer Verfassung, der die jährliche automatische Diätenerhöhung der Abgeordneten regelt. Die Selbsthilfegruppe ‚Rheuma‘ möchte die beantragten Mittel für Schulungs- und Informationsveranstaltungen Betroffener bzw. Interessierter nutzen.“

Der LINKE Landtagsabgeordnete Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Fraktion, hatte kurz zuvor auf dem Rennsteig die 2572. Zuwendung der Alternative 54 übergeben. Dem Blindenverband überreichte er im Rennsteiggarten die nützliche Spende (siehe Foto). Dabei nutzte er die Gelegenheit, auf die Situation der Blinden und Sehbehinderten einzugehen. Das



Thema der Inklusion aller Menschen, also der vollständigen Teilhabe am öffentlichen Leben, betreffe Blinde wie Behinderte oder Senioren und Kinder gleichermaßen. Landes- und Bundespolitik dürften Inklusion nicht nur in ihren Reden fordern, sondern müssten auch für die Umsetzung der dafür notwendigen Maßnahmen mehr konkrete auch finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen.

Im Rennsteiggarten konnten die Sehbehinderten z.B. Edelweiß, Steinbrech und Hauswurz, Beerentraube und Sumpfpfost oder Habichtskraut erkunden. Sie ertasteten Pflanzen oder erkannten sie an ihrem markanten Geruch, wie beispielsweise die Sumpfpfost. ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

## Die Nicht-Ministerpräsidentin

Christine Lieberknecht lobt sich öffentlich selbst und attackiert andere. Sie habe „auf Angriff“ geschaltet, nennt das die konservative „Welt“. Gemeint sind platte Selbstgerechtigkeiten und dumpe Ausfälle wie die Folgenden: Vor wenigen Wochen beschimpfte sie Mitglieder der konkurrierenden Linkspartei als „Kommunisten“, „Ewiggestrige“ und als „wie die Affen“. Diesmal behauptet die frühere Pfarrerin: „Die Thüringer wollen keine Experimente. Sie wollen auch keine linken Ideologen an der Spitze dieses Landes.“

Wollen die Thüringer aber Lieberknecht (von der Stichhaltigkeit der Vorwürfe einmal ganz abgesehen)? Die ist als Parteivorsitzende wie als Regierungschefin sichtbar gescheitert. Sie beschwört bis heute eine „Gestaltungsmehrheit“ ihrer Partei, die sie so definiert: „An der CDU vorbei soll keine Koalition gebildet werden können.“ Doch davon ist die Union meilenweit entfernt. Eine aktuelle Umfrage gibt der CDU gerade 34 Prozent - die phantasiert indes von anvisierten „40 plus X“. Und Koalitionsoptionen ohne CDU sind natürlich möglich. Von der von Lieberknecht geführten Koalitionsregierung seien keine großen landespolitischen Würfe überliefert, konstatiert das „Neue Deutschland“ (noch sei „bei Fortsetzung etwas in dieser Richtung zu erwarten“). Stattdessen jagte ein Skandal den nächsten. Als das auch Parteifreunden zu bunt wurde, musste wenigstens „Ausgegnaukt“ werden. Da die führungsschwache Lieberknecht sich hochtrabend ausgerechnet als „Verantwortungsethikerin“ apostrophiert, scheint sie mindestens das letzte Jahr mental komplett verdrängt zu haben.

Die eigene Erfolglosigkeit mag sie unterdessen auch zermürbt haben. Zuletzt bekannte sie: „Ich muss nicht Ministerpräsidentin sein.“ Wohl wahr. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.